



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 13
Dienstag, 27. Oktober 2009
18:07 - 20:23 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 08.10.09

Vorsitz:	Christa Flückiger	SP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Beat Steinacher	SP
	Ersatzstimmzählerin: Christine Thommen	FDP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Martin Egger	FDP
	Marianne Streicher-Schwyn	SP
Schluss der Sitzung	Katrin Hauser-Lauber	FPD
	Alfred Tappolet	SVP

BEHANDELTES TRAKTANDUM:

1 **Postulat von Walter Hotz (FDP): Optimierung der
Führungs- und Aufgabenstruktur**

Seite 406

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat Rückweisung an den Stadtrat gemäss Ratssitzung vom 30.06.09	
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
24.03.09	VdSR Teilrevision 2009 der Bauordnung: Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne, Ausnutzungsübertragungen und Parzellierungen	FK
23.03.09	Postulat von Till Hardmeier (JFSH): Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH	
31.03.09	Postulat von Alfred Tappolet (SVP): Sichere Verkehrsführung im Herblingertal und Überprüfung der ungesicherten Bahnübergänge von Industriegeleisen	
05.05.09	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Neue Vergabepraxis	
19.05.09	Postulat von Christoph Lenz (AL), Daniel Preisig (JSVP), Simon Stocker (AL): Kleinplakatierung in der Stadt Schaffhausen: Sauberes Aufhängen statt Runterreissen!	
19.05.09	VdSR Gestaltung Rheinufer	FK
28.05.09	Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Für eine faire Meinungsbildung - Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption	
16.06.09	VdSR Konjunkturprogramm 09 zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft	GPK
11.08.09	VdSR Abgabe der Liegenschaft „Granatenbaumgut“, Grubenstrasse 91, im Baurecht	GPK
11.08.09	Postulat Walter Hotz (FDP): Nutzung von Synergien zwischen kulturellen Institutionen	
08.09.09	VdSR Abgabe im Baurecht einer Fläche von ca. 3'600 m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 8556 sowie einer Teilfläche von GB Nr. 10357 „Merishausertal“	FK
15.09.09	VdSR Budget 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	GPK
13.10.09	VdSR Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 102, Webergasse	GPK
20.10.09	VdSR Baurecht auf Parzelle 1355 für die Naturforschende Gesellschaft Schaffhausen, NGSCH, zur Errichtung einer neuen Sternwarte	
20.10.09	Überarbeitete Fassung der VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat	
20.10.09	Postulat Edgar Zehnder (SVP): Schulhaus Breite jetzt	
27.10.09	VdSR Verkauf von vier Einfamilienhausparzellen (GB Nr. 5421 bis 5424) "In den Burgwiesen" Hemmental	
27.10.09	Motion Till Hardmeier (JFSH): Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen	

2009 Kleine Anfragen:

12	Till Hardmeier (JFSH)	Pendleranliegen – interveniert der Stadtrat genug bei der SBB?	18.08.09
13	Simon Stocker (AL)	Stopp dem Abbau von Übungsräumen vom	31.08.09
14	Walter Hotz (FDP)	Leistungsorientiertes Planen von öffentlichen Bauten	28.09.09
15	Fabian Käslin (JFSH)	Massive Behördenpropaganda der städtischen Verwaltung	30.09.09

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**Traktandum 1 Postulat Walter Hotz (FDP): Optimierung der Führungs- und Aufgabenstruktur**

Das Postulat wird von Walter Hotz (FDP) begründet, von SR Peter Neukomm beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat in der Schlussabstimmung mit 18 : 7 Stimmen nicht erheblich.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, eröffnet die dreizehnte Sitzung des Jahres 2009 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker und Peter Neukomm, der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter sowie der Gäste, insbesondere Veronika Heller und Marcel Wenger, Stadträte a.D.

Persönliche Erklärungen:**Dr. Raphaël Rohner (FDP):**

„In einer Zeit wirtschaftlicher Depression gibt es üblicherweise wenig Erfreuliches zu berichten, auch nicht aus den Bereichen des Finanzhaushalts der Gemeinden und der Kantone, sind diese doch innerhalb des Systems der Volkswirtschaft direkt betroffen von und beteiligt an der Krise und den Einbrüchen auf den Finanzmärkten. Dies betrifft insbesondere die Ertragsseite - die Steuereinnahmen - aber auch steigende Belastungen im Bereich der Arbeitslosenkassen und der sozialen Aufwendungen. Sie wissen es!

In solchen Zeiten ist man geneigt, nur das Negative zu sehen und aus oftmals einseitiger Optik rigorose Massnahmen zu fordern, die sich gesamtheitlich und im Rahmen einer mittel- und langfristigen Perspektive betrachtet nicht nur positiv auswirken könnten.

Nun, umso angenehmer überraschen denn auch in diesem schwierigen Umfeld nebst all den Hiobsbotschaften, die uns täglich erreichen, Meldungen, wie sie uns am

vergangenen Donnerstag erreicht haben: Die Stadt Schaffhausen hat in einem Vergleich der Gemeindefinanzen unter 20 Städten den zweiten Rang erreicht. Ja, mehr noch: In der vom Westschweizer WirtschaftsMagazin „Bilan“ in Zusammenarbeit mit dem Lausanner Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung erstellten Studie kommt man zum Schluss, die Stadt Schaffhausen habe ihre Finanzen gut im Griff.

Es ist dies eine mehr als nur erfreuliche Mitteilung, die auch in diesem Rat nicht unbemerkt und auch nicht unvermerkt bleiben soll. Selbst wenn sie uns in genanntem schwierigem wirtschaftlichen Umfeld nicht zu selbstgefälligem und untätigem Zurücklehnen und Ausruhen verführen darf, so kann und darf ich als Parlamentarier ... so können und dürfen wir als Mitglieder des Grossen Stadtrates ... dem Stadtrat zu diesem ausgezeichneten Ergebnis gratulieren und ihm auch unseren Dank aussprechen. Und das will ich heute und jetzt tun.

Motivation für gute Leistung und Anregung zu innovativem Handeln, das zu Wachstum und Prosperität führt, erwächst nämlich primär nicht aus regelmässigem Tadel und aus Schelte – das ist eine Erkenntnis, die in der Erziehungswissenschaft längst bekannt ist - sondern aus auf sachlicher Beurteilung sich ergebenden Erkenntnissen, die in Form konstruktiver Lösungsvorschläge in die Diskussion und Debatte der politischen Gremien eingebracht werden. Ein Lob und einen Dank dazu für geleistete gute Arbeit auszusprechen, kann dabei – sofern wie heute angezeigt – durchaus angezeigt und angemessen, ja sogar zielführend sein!

Nehmen wir dieses Ergebnis zum Anlass, uns bei den nicht einfach zu lösenden Fragestellungen im anstehenden Budget, bei denen man in guten Treuen unterschiedlicher Meinung sein kann und diese auch vertreten soll, und bei weiteren – auch in finanzieller Hinsicht relevanten – Geschäften wieder vermehrt entsprechend den Grundsätzen der „political correctness“ oder ganz einfach des so genannten „comments“ zu verhalten.

Mit einigem Stirnrunzeln und persönlichem Bedauern musste ich in den vergangenen Tagen und Wochen den meines Erachtens zu harschen Ton in der öffentlichen Debatte gerade zur Finanzpolitik des Stadtrates zur Kenntnis nehmen. Es ist dies nicht die Art, die sich der traditionelle, klassische Freisinn – zu dem ich mich, wohl zusammen mit einer grossen Zahl meiner Kolleginnen und Kollegen in Fraktion und Partei noch zähle (ich darf explizit auch im Namen des städtischen Parteipräsidenten sprechen) – auf seine Fahnen geschrieben hat. Nicht das Spiel auf den Mann oder die Frau, sondern die sachbezogene Auseinandersetzung, die durchaus kontradiktorisch geführt werden kann und soll, führt in unserem System zu politisch tragfähigen Lösungen und damit zum Ziel.

Ich will einen Stadtrat als politischen Partner, der handlungsfähig bleiben kann und nicht von Blockaden im politischen Geschäft zu Untätigkeit geführt wird. Dabei spielen bei aller Unterschiedlichkeit sachpolitischer Fragestellungen und Probleme Achtung und gegenseitiges Vertrauen, auch Respekt vor dem Gegenüber eine bedeutende Rolle. Das bitte ich zu bedenken.

Ich werde alles daran setzen dass die FDP als Regierungspartei in dieser Stadt ihren konstruktiven Beitrag in diesem Sinne auch in Zukunft leisten wird. “

Ernst Spengler (SVP):

„Meiner Ansicht nach ist es nicht ganz seriös, wenn solche Überprüfungen jeweils nur auf ein Jahr abgestützt werden. Ein Unternehmen wird auch nicht nach *einem* Jahresergebnis geprüft. Ansonsten möchte ich mich dem Dank anschliessen und an dieser Stelle betonen, dass ich mit unseriös nicht den Stadtrat meine, sondern diejenigen, die überprüft haben.“

Stadtpräsident Thomas Feurer:

„Geschrieben wurde über den neuen SR und Stadtpräsidenten viel - darüber geredet noch mehr, und aufhorchen lässt die Rhetorik aus dem Weidmannshandwerk: Die Schonzeit sei jetzt vorbei, hört man vom GPK-Präsidenten – auch wenn es kaum eine gab - ab jetzt soll also scharf geschossen werden, die Jagd ist eröffnet, und damit wohl auch eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen dem GPK-Präsidenten und dem Stadtrat, beziehungsweise dem Stadtpräsidenten.“

Meine Damen und Herren, lieber Walter Hotz – diese neue Art von Zusammenarbeit zwischen GPK und Stadt will der Stadtrat nicht. Wir möchten mit Argumenten um die beste Lösung kämpfen und sind dabei durchaus lernfähig. Wir müssen einander auch nicht mit Samthandschuhen anfassen, aber die langjährigen Spielregeln unserer Zusammenarbeit und der Zuständigkeiten haben sich bewährt und sollten aus unserer Sicht weiterhin gültig bleiben.

In der Einschätzung der Ausgangslage, über die Wege und das Ziel gibt es wohl immer wieder unterschiedliche Ansichten, die aber in einem politischen Diskurs zu einem Resultat führen müssen. Unterschiede spüren wir dabei im Stadtrat, im Grossen Stadtrat und sogar in den Fraktionen. Eine andere Meinung zu akzeptieren ist für mich urdemokratisch und urliberal; Unterschiede sind aber nicht nur zwischen Links und Rechts sondern auch zwischen Generationen oder den persönlichen Prioritäten auszumachen, und dafür sitzen wir in unseren Gremien und versuchen uns zu finden.

Dazu müssen wir zuhören und uns auch in die andere Position hineinversetzen können. So erschliessen sich hin und wieder Welten, die den eigenen nicht am nächsten sind - aber trotzdem wertvoll und bedenkenswert sind. Dieses Element vermisse ich im Sturm, der im Moment über die Stadt und den Stadtrat fegt, und damit meine ich keinen Nebel, sondern die völlig klare Sicht aus verschiedenen Blickwinkeln.

Ich habe nicht das Gefühl, dass es nur eine oder meine Wahrheit gibt, und ich bin als Stadtpräsident der ganzen Bevölkerung und dem Wohl dieser Stadt verpflichtet; damit kommen wir zu meiner grössten Sorge, und das ist die extrem unterschiedliche Wahrnehmung und Darstellung der finanziellen Lage der Stadt.

Während der SR davon überzeugt ist, dass wir gut aufgestellt sind – und zwar finanziell und infrastrukturell – sind wir trotzdem alles andere als übermütig. Gleichzeitig wird uns von der anderen Seite eine katastrophale und führungslose Situation unterstellt, Schuldenberge werden mit tiefroten Budgetzahlen zur angeblichen Steuerhölle emporstilisiert und gleichzeitig wirbt die Region mit dem kleinen Paradies und einer aktiven Wirtschaftsförderung für ihre Vorzüge.

Das kommt nicht gut an, das wirft Fragen auf und verunsichert die Bevölkerung und potenzielle Zuziehende und interessierte Investoren. Tatsache ist, dass der SR von den Chancen der Stadt überzeugt ist und gerade aufgrund der finanziellen und

infrastrukturellen Situation einigermaßen optimistisch in die Zukunft schaut. Und woher nimmt der SR seine Zuversicht?

Nun, er konnte in den letzten Jahren die Schulden abbauen und die Fiskalbelastung senken. Erstere wurden um rund Fr. 20 Mio. reduziert und der Steuerfuss konnte alleine in der Stadt seit 2001 um 8 Punkte gesenkt werden. Dazu kommen steuerliche Entlastungen von natürlichen und juristischen Personen im Umfang von total 20 Punkten aufgrund der Steuergesetzrevisionen, die in der Stadt wie in anderen Gemeinden wirksam sind. Dank einer guten Haushaltsführung und zusätzlichen Steuereinnahmen konnten wir trotzdem eine ausgeglichene Rechnung aufweisen, was bekanntlich auch national wahrgenommen wurde

Zur steuerlichen Entwicklung gebe ich Ihnen gerne folgendes Beispiel:

Ein Ehepaar mit 2 Kindern und Fr. 100'000.-- Einkommen bezahlt nach Berechnungen der städtischen Steuerverwaltung heute gegenüber 2001 statt rund Fr. 18'000.-- fast Fr. 5'000.-- weniger. Deshalb ist der Vorwurf der Untätigkeit des SR in dieser Frage einfach eine Unterstellung!

Wir haben – im Gegensatz zu Wil oder Thayngen – für die nächste Zeit trotz Konjunkturlaute weder Steuererhöhungen diskutiert, noch angekündigt. Das gleiche gilt für unsere Verschuldungssituation, mit der manch andere Kommune zufrieden wäre. Wir weisen im Voranschlag 2009 Passivzinsen von Fr. 5.3 Mio. aus und erwirtschaften gleichzeitig einen Vermögens- und Liegenschaftsertrag von Fr. 9.0 Mio.

Daraus resultiert auch die Höchstnote bei der Zinsbelastung im Städtevergleich. Zur ungedeckten Schuld von rund Fr. 50 Mio., also dem Überschuss der fremden Mittel über das Finanzvermögen, wäre anzufügen, dass unser grösster Wert, nämlich die städtischen Werke, nicht einbezogen sind.

Ich sage damit nicht, dass es uns rundum gut geht, und wir werden auch in Zukunft sehr umsichtig planen und intelligente Lösungen für die nächsten Entwicklungsschritte finden müssen. Das Budget 2010 haben wir – wie schon in früheren Jahren - schon um über Fr. 12 Mio. reduzieren müssen, und auch der Finanzplan beschäftigt uns sehr intensiv und hält einige Knacknüsse bereit.

Aus Sicht des SR besteht deshalb aller Grund zur Vorsicht und zur Suche nach gemeinsam getragenen Lösungen, aber es besteht kein Grund zur Panikmache. Eine solche führt nur zu Verunsicherungen und einer verheerenden Wirkung für unser Image als attraktiver Wohn- und Arbeitsort und interessanter Investitionsstandort.

Meine Damen und Herren, verehrte GPK, bitte steigen Sie auf diesen Zug der vorwärts fährt, auf. Bringen Sie diese Stadt mit uns in einem fairen Ideenwettbewerb weiter. Lassen Sie uns mit einer starken und kompetenten Verwaltung im Standortwettbewerb bestehen.

Wir haben Ihnen Vergleichszahlen in Form von Benchmarks versprochen. Diese erarbeiten wir und werden damit sicherer, das Richtige richtig zu tun.

Ich danke Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für die konstruktive Zusammenarbeit. “

Walter Hotz (FDP):

"Ich habe damit gerechnet, dass ich angeschossen werde, und ich kann Ihnen sagen, dass ich Leute, die mich beschiessen, liebe - denn so weiss ich, woran ich bin.

Als Mitglied des Grossen Stadtrats und eben auch als GPK-Präsident, und gerade als Präsident unserer Geschäftsprüfungskommission, bin ich verpflichtet, im Grossen Stadtrat, in Kommissionen, mittels Leserbriefen und - wenn ich die Möglichkeit bekomme - auch mit einem persönlichem Interview in der Tagespresse auf Entwicklungen in der städtischen Verwaltung hinzuweisen, die nach meiner persönlichen Auffassung aus dem Ruder gelaufen sind, und vor allem dann, wenn die Gefahr besteht, dass sie aus dem Ruder laufen könnten. Dies ist die Aufgabe eines jeden hier im Saal. Lesen Sie nochmals in aller Ruhe, jedoch kritisch, das Interview unseres Stadtpräsidenten in den Schaffhauser Nachrichten vom 14. dieses Monats und anschliessend meinen Leserbrief vom 17. dieses Monats. Sie werden feststellen müssen, dass ich in allen Punkten Recht habe. Über die Schreibweise und über ein Interview kann man immer unterschiedlicher Meinung sein. Aber glauben Sie mir, wenn Sie nicht den Mut haben, sei es als Politiker oder im Privaten, die Tatsachen anzusprechen, so wie sie sind, so werden Sie früher oder später überfahren. Erlauben Sie mir dazu ein Zitat vom verstorbenen Politiker Franz Josef Strauss: *Das heutige politische Leben wird leider stark von den anpassungsfähigen und geländegängigen Typen bestimmt.*

Im Übrigen weise ich darauf hin, dass es nicht unser Auftrag sein kann, eine möglichst harmonische Zeit mit den Gremien zu haben, die wir beaufsichtigen. Gerade auch deshalb nicht, weil unser Parlament den Steuerzahler sehr viel Geld kostet; mittlerweile Fr. 388'000.-- im Jahr, siehe Budget 2010. Dies bedeutet, knapp Fr. 11'000.-- pro Parlamentarier im Monat. Im Jahr 2008 waren es noch Fr. 5'300.-- im Monat pro Parlamentarier. Und eben gerade wegen dieser enormen parlamentarischen Kostensteigerung erwartet der Bürger von uns, dass wir unseren politischen Auftrag mit grossem Engagement nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen. Kritische Distanz und gesunder Wettstreit der Ideen sind wichtig, wenn wir unseren Job ernst nehmen. Negativbeispiel mit zuviel Harmonie: Verwaltungsrat Swissair versus CEO Swissair. Wenn Sie glauben, meine Damen und Herren, es sei in Zukunft von grösster Wichtigkeit, dass der Stadtrat und wir als Parlamentarier stets die gleiche Meinung haben müssen, dann ist einer von uns überflüssig!

Für mich gilt die Auffassung, dass eines der wichtigsten Menschenrechte die freie Rede sein muss. Bei der freien Rede müssen Sie mir als Privatmann Walter Hotz, als Parlamentarier des Grossen Stadtrats und als Präsident der GPK Aussagen, die nicht allen genehm sind, gelten lassen, aber sie muss auch die freie Rede gelten lassen, meines Gegenübers und anders Denkenden. Für mich ist deshalb das Recht auf freie Meinungsäusserung unbestritten. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

"Die Aussage des Herrn Stadtpräsidenten, wonach er sich wünscht, dass der Präsident der GPK und die GPK-Mitglieder wieder auf das richtige Gleis zurückfinden, hat meinen Widerspruch erweckt. Erlauben Sie mir folgende wichtige Richtigstellung: Die von Walter Hotz geäusserte Meinung hat er in seiner Eigenschaft als Mitglied des Grossen Stadtrates und nicht als GPK-Präsident abgegeben. Das Vorgehen sowie der Inhalt waren nicht mit der GPK abgesprochen und wurden auch nicht von ihr genehmigt. Es geht daher nicht an, dass der Stadtpräsident die GPK miteinbezieht. "

MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN:

”SR Peter Neukomm hat im Vorfeld der Sitzung noch Erklärungen an die GPK abgegeben, daher die kleine Verzögerung. Unsere Ratssekretärin Gabriele Behring ist bemüht, ihren Laptop (sie hat übrigens heute Premiere mit einem neuen Gerät) so schnell wie möglich einzurichten, damit wir trotz allem mit geringfügiger Verspätung unsere 13. Ratssitzung beginnen können. Ich bitte um Ihr Verständnis.

Es muss unser aller Bestreben sein, dieser Stadt die Chance zu geben, sich weiter zu entwickeln. Arbeiten wir daran, und suchen wir zusammen gute Lösungen für unsere Stadt. Hohe Wellen hat auch das „Rinseln“ aus irgendeiner Quelle über das Gutachten zum Projekt Bachstrasse/Munothalde geworfen. Lotti Winzeler, Kommissionspräsidentin, und Urs Tanner werden sich dazu noch mit persönlichen Erklärungen zu Wort melden.

Auch ich schliesse mich der herzlichen Gratulation an den Stadtrat an, insbesondere dem in Anführungs- und Schlusszeichen „alten“ Stadtrat, bin aber der festen Überzeugung, dass dem neuen Stadtrat ebenso daran gelegen ist - und es wird ihm auch gelingen - mit bestem Wissen und Gewissen das Beste für unsere Stadt zu erarbeiten, und er durch diese Motivation auch bestrebt ist, wirklich alles zu unternehmen, was in seinen Kräften liegt, um unsere Stadt trotz düsterer Prognosen der kommenden zwei Jahre stetig vorwärts zu bringen.

Schenken wir dem Stadtrat unser Vertrauen und stärken wir ihn in seinem Tun und Handeln. Versuchen wir unsere Ressourcen und Kräfte unserer Arbeit zu widmen und machen aus der Situation das Beste.

Ich komme zum Schluss meiner einleitenden Worte und freue mich Ihnen mitteilen zu dürfen, dass unsere Ratskollegin Marianne Streicher-Schwyn am vergangenen Samstag glückliche Mutter eines gesunden Mädchens geworden ist. Sie heisst Jael, Mutter und Kind sind wohlauf. Ich lasse eine Karte zirkulieren, wir wollen Marianne und ihrer jungen Familie auf diesem Wege gratulieren, persönlich kann dies dann auch noch nachgeholt werden, wird sie doch schon bald wieder in diesem Saal sitzen und ihr politisches Amt weiter ausführen.

Dann möchte ich es nicht unterlassen, einem weiteren Ratsmitglied herzlich zu gratulieren: Grossstadtrat Alfred Tappolet feiert heute Geburtstag, herzlichen Glückwunsch. “

Persönliche Erklärungen:**Lotti Winzeler (OeBS), Präsidentin Spezialkommission:**

”Ich spreche als Präsidentin der Spezialkommission Bachstrasse/Munothalde. Die SPK hat an ihrer vorletzten Sitzung ein Gutachten an die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten wurde am 12. August 2009 mit dem Hinweis „streng vertraulich“ den Kommissionsmitgliedern zugestellt. Am 19. Oktober 2009 gelangte es ohne meine Einwilligung an die Öffentlichkeit. Wo die undichte Stelle ist, bei den Mitgliedern der SPK oder der Verwaltung, ist offen. Klar ist, dass das Amtsgeheimnis verletzt wurde. Ich hoffe sehr, dass sich ein solches Vorgehen nicht wiederholt. Es kann nicht sein, dass die Medien im Besitz eines vertraulichen Papiers sind, dessen Inhalt in einer SPK behandelt wird und den übrigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern nicht zugänglich ist. Hier geht es um ein Baubewilligungsverfahren, das nicht Sache der SPK ist, diese jedoch tangiert; das ist der Hauptgrund für die Geheimhaltung. Zu

einem laufenden Verfahren äussert sich der Stadtrat nicht. “

Urs Tanner (SP), SPK-Mitglied:

”Ich beziehe mich auf das Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) und der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege (EKD) zur Vorlage Bachstrasse/Munothalde. Der Artikel in den Schaffhauser Nachrichten vom 19.10.09 hat gezeigt, dass wohl eine Amtsgeheimnisverletzung im Sinne des Art. 293 Strafgesetzbuch (StGB) vorliegen muss. In der SPK wurde besagtes Gutachten für geheim erklärt. In dieser Phase macht das Vorgehen in der Kommission sehr wohl Sinn; später sollte das Gutachten aber zugänglich sein. Gemäss Art. 293 StGB wird die Veröffentlichung amtlicher, geheimer Verhandlungen mit Haft oder Busse bestraft. Wer, ohne dazu berechtigt zu sein, aus Akten, Verhandlungen oder Untersuchungen einer Behörde, die durch Gesetz oder durch Beschluss der Behörde im Rahmen ihrer Befugnis als geheim erklärt worden sind, etwas an die Öffentlichkeit bringt, macht sich der Gehilfenschaft strafbar. Danach kann der Richter von jeglicher Strafe absehen, wenn das an die Öffentlichkeit gebrachte Geheimnis von geringer Bedeutung ist.

Dem Tatbestand von Art. 293 StGB liegt nach Rechtssprechung und herrschender Lehre der formelle Geheimnisbegriff zugrunde. Massgebend ist allein, ob die Akten, Verhandlungen oder Untersuchungen durch Gesetz oder durch Beschluss der Behörde “als geheim” erklärt worden sind. Dabei ist es unerheblich, ob etwas als “streng geheim” oder bloss als “vertraulich” klassifiziert worden ist; es muss klar sein, dass damit die Öffentlichkeit hat ausgeschlossen werden wollen.

Rolle der Medien: Mir geht es nicht darum, die Presse zu kriminalisieren, im Gegenteil. Es ist so, dass es eigentlich der Job der Presse wäre, solche Informationen zu jagen. Diese Pressearbeit macht Sinn, wenn es um die Aufdeckung unhaltbarer Zustände geht. Im Falle der Kommission, welche vorübergehend einen Bericht für geheim erklärt, ist es aber kaum eine journalistische Grosstat, die Öffentlichkeit berechtigterweise aufzuklären. Im vorliegenden Fall muss man wohl eher von billiger Medieneilheit sprechen, einen Primeur zu platzieren, welcher in ein paar Wochen wahrscheinlich sowieso nicht mehr geheim wäre.

Aber es geht hier nicht primär um die Medien, sondern es geht darum, dass es in der SPK oder der Verwaltung ein Leck gab, und dies ist nicht akzeptierbar. Fakt ist, dass der Tatbestand von Art. 293 StGB wohl als erfüllt betrachtet werden muss. Fakt ist aber auch, dass wir nur glaubwürdig und kompetent politisieren können, wenn wir uns an Abmachungen und Gesetze halten. Die SP/AL-Fraktion bittet Sie, diese Regeln in Zukunft doch wieder stärker zu gewichten. Von einer formellen Anzeige nach Strafprozessordnung (StPO204) sehen wir im Moment ab, behalten uns dies im Wiederholungsfall aber explizit vor. Da es sich um ein Offizialdelikt handelt, wäre formell eine Anzeige eigentlich gar nicht nötig. “

Thomas Hauser (FDP), SPK-Mitglied:

”Ich bekenne mich als undichte Stelle, die das Dokument an Robin Blanck weitergegeben hat. Ich habe nicht gewusst oder gelesen, dass dieser Bericht nach der Kommissionssitzung noch geheim sei, sondern es mit den Gepflogenheiten von vertraulichen Unterlagen in der GPK verglichen. Wenn die Pressekonferenz betreffend Rechnung oder Budget stattgefunden hat, war das Zahlenmaterial öffentlich; die Informationssperre bezog sich nur auf den Zeitraum vor der Pressekonferenz. Die SPK hatte an ihrer Kommissionssitzung das Gutachten diskutiert, also war es für mich danach nicht mehr vertraulich. Ich zahle auch eine

Busse oder Sie können mich verfolgen, ich bin der Täter. Prinzipiell bin ich der Meinung, dass diese Geheimniskrämerei sowieso unnötig ist und vor allem die potenziellen Investoren, die sich in Schaffhausen engagieren wollen, unnötig verunsichert.“

Lotti Winzeler (OeBS) bedankt sich für diese überraschende Offenlegung und informiert, dass über Inhalte in der SPK weiter diskutiert werde.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Budgetunterlagen Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2010, Botschaft des SR mit Anträgen vom 15.09.09
- VdSR Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 102, Webergasse 2/4 „Zum goldenen Lämmlein/Zum Geldmangel“ im Baurecht vom 13.10.09. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die GPK vor.

Dr. Raphaël Rohner (FDP) stellt Antrag, das Geschäft in der neu geschaffenen Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vorzubereiten, da es sich bei dieser Vorlage um ein klassisches Baurecht handle.

Urs Tanner (SP) plädiert dafür, dass bis zur gemeinsamen Festlegung der zukünftigen Zuweisungspraxis in vorberatende ständige Kommissionen den Vorschlägen von Seiten des Büros gefolgt werde.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) schliesst sich der Meinung von Urs Tanner an und wirft in die Runde, dass selbst bei scheinbar klassischen Baurechten immer wieder knifflige Fragenstellungen auftauchen, die von einer in Baufragen erfahrenen Kommission wie der GPK erörtert werden müssen; dies habe sich mit der VdSR Granatenbaumgut deutlich gezeigt, man habe “wie blöd herumgeturnt”.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Vorschlag des Büros zur Zuweisung in die GPK mit 22 : 7 Stimmen gut.

- Antwort auf Kleine Anfrage Till Hardmeier (JFSH) betreffend ungenügend genutzte Gebäude der Stadt vom 13.10.09
- Kleine Anfrage Nr. 14 von Walter Hotz (FDP): Leistungsorientiertes Planen von öffentlichen Bauten vom 28.09.09
- Kleine Anfrage Nr. 15 von Fabian Käslin (JFSH): Massive Behördenpropaganda der städtischen Verwaltung vom 30.09.09
- GPK-Anträge vom 26.10.09 zur VdSR Abgabe der Liegenschaft “Granatenbaumgut”, Grubenstrasse 91, im Baurecht vom 11.08.09
- Postulat von Edgar Zehnder (SVP): Schulhaus Breite jetzt vom 20.10.09. Das Postulat erscheint auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung.
- VdSR Baurecht auf Parzelle 1355 für die Naturforschende Gesellschaft Schaffhausen, NHSH, zur Errichtung einer neuen Sternwarte vom 20.10.09.
- VdSR Verkauf von vier Einfamilienhausparzellen (GB Nr. 5421 bis 5424, “in den Bruggwiesen”, Hemmental) vom 27.10.09. Das Büro wird diese Vorlagen an seiner nächsten Sitzung zur Vorberatung zuweisen.
- Einladung zur Jungbürgerfeier mit Anmeldetalon
- Überarbeitete Fassung der VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen vom 20.10.09; diese Vorlage wird direkt auf der Traktandenliste der

nächsten Ratssitzung erscheinen.

- Flyer Fachtagung Jugendpolitik im Kanton Schaffhausen

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 12 vom 15. September 2009 wurde vom Büro geprüft und genehmigt und liegt wie üblich auf dem Kanzleisch der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

SR Peter Käppler ist ferienhalber abwesend und die von ihm zu beantwortenden persönlichen Vorstösse sind aus diesem Grund in der Traktandenliste „nach unten“ verschoben worden. Auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung vom 10.11.09 werden die Geschäfte wieder wie gewöhnlich aufgrund des Einreichedatums erscheinen.

Traktandum 1 **Postulat von Walter Hotz (FDP): Optimierung der Führungs- und Aufgabenstruktur**

Walter Hotz (FDP)

Begründung

„Im Mai 2003 reichte der ehemalige freisinnige Grossstadtrat Roland Schöttle eine Kleine Anfrage mit dem Titel „Anpassung der Geschäftsführung der Stadt Schaffhausen auf eventuell sinkende Steuereinnahmen“ ein. Am 26. August 2003 beantwortete der damalige Stadtrat seine Kleine Anfrage wie folgt: *An seiner Klausurtagung vom 2. bis 4. April 2003 (Reichenau) hat der Stadtrat zudem weit reichende Beschlüsse, ich wiederhole weit reichende Beschlüsse, gefasst, die der sich abzeichnenden Entwicklung Rechnung tragen. In Stichworten sind das im Wesentlichen: Verwaltungsreform mit neu 12 Leistungsbereichen anstatt über 30 Verwaltungsabteilungen sowie zusammengefasste Stabsstellen, die allen Referaten zur Verfügung stehen.* Mittlerweile sind 6 Jahre ins Land gegangen, und ich frage Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, wo stehen wir heute. Ich will keine Polemik vom Zaun brechen, aber Fakt ist, dass die im Jahr 2003 versprochenen stadträtlichen Beschlüsse bis heute nur teilweise bis gar nicht umgesetzt worden sind. Mir ist natürlich klar, dass Kleine Anfragen leider nicht verbindlich sind. Doch hat der Stadtrat, erstens gegenüber dem Bürger, zweitens gegenüber dem Parlament und drittens gegenüber seinen eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Verantwortung, Ziele die er sich gibt und veröffentlicht, auch umzusetzen. Wenn er seine gesetzten Ziele nur teilweise oder gar nicht umsetzt, so verliert der Stadtrat an Glaubwürdigkeit.

Mit meinem Postulat möchte ich, dass der Stadtrat endlich Mut und den politischen Leadership übernimmt. Für mich ist Leadership einer der wichtigsten Aspekte des organisatorischen Kontexts. Führung in der Politik zu übernehmen ist nicht einfach. Es ist eine echte Herausforderung, und man kann sich dabei nicht unbedingt in der Öffentlichkeit sonnen. Drei Punkte sind mir wichtig und sollten, sofern Sie mein

Postulat „Optimierung der Führungs- und Aufgabenstruktur“ für erheblich erklären, vom Stadtrat unverzüglich in Angriff genommen werden:

1. Mut dazu haben, gewachsene Strukturen auf der Führungsebene in Frage zu stellen und Leistungsbereiche abzuschaffen oder zusammenzulegen.
2. Mut dazu haben, lieb gewonnene Zöpfe auf der Führungsebene abzuschneiden und neu zu besetzende Stellen auf der Führungsebene nach Möglichkeit nur noch mit internem Personal zu besetzen (sprich Mitarbeitermanagement).
3. Mut dazu haben, ein hohes Mass an Flexibilität beim Durchforsten der eigenen Aufgabenfelder zu zeigen, aber auch bei der Hinterfragung eigener Forderungen.

In der Führungsetage muss jetzt unverzüglich gespart werden. Das ist auch eine Chance! Es ist die Chance, die städtischen Aufgaben zu entrümpeln. Es ist mir klar, das ist nicht so einfach, wie mein jetziges Votum glauben machen will. Diese Aufgabe ist komplex, erfordert Mut, viel Fingerspitzengefühl und noch mehr Durchstehvermögen. Ich vergesse auch nicht, dass gewisse staatliche Regelungen das wirtschaftliche Handeln erst ermöglichen. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass der Kanton und die städtische Verwaltung unter die ersten drei der grössten Arbeitgeber fallen. Und dies ist eine ganz gefährliche Entwicklung, wenn die staatlichen Verwaltungsstrukturen nicht mehr mit den Bedürfnissen des Bürgers angepasst sind. An dieser Stelle muss auch gesagt werden, dass die Lohnstruktur der städtischen Verwaltung im Bereich der Führungslinie ein viel zu hohes Lohnkostenniveau hat. Mir liegen dazu Listen vor, und ich muss Ihnen sagen, dieses Lohnniveau finden Sie in der Privatwirtschaft nicht. Und wenn man es in der Privatwirtschaft findet, dann spricht man von einem ganz anderen Verantwortungsbereich.

Sie, meine Damen und Herren Parlamentarier, sind vor die Forderung gestellt, die städtische Verwaltung effizienter zu machen, ohne sie abzuwürgen. Wir brauchen dazu kluge und mutige Köpfe im Stadtrat wie auch im Grossen Stadtrat. Ich weiss auch, dass das Zusammenspiel zwischen der Legislative und der Exekutive nicht einfach durch ein Papier ein für allemal definiert werden kann. Es braucht politischen Leadership - politischen Leadership auch im Wirtschaftlichen, um die Aufgaben in schwierigen Zeiten zu erfüllen. Die schwierigen Zeiten werden bei der städtischen Verwaltung in zwei bis drei Jahren voll einschlagen. Dann werden wir, meine Dame und Herren Stadträte sehen, ob Sie erneut mit Genugtuung ihre Finanzpolitik beurteilen können.

Leadership heisst nicht Opportunismus. Der Stadtrat darf nicht schauen, was die anderen machen (sprich Lohnerhöhung des Kantons) und dann alles nachplappern. Führung übernehmen heisst vorangehen, den Weg zeigen, Verantwortung übernehmen, unangenehme Dinge vertreten (dazu gehören halt auch Entlassungen), wenn sie nötig sind; keine Schönfärbereien, nicht Schwarzmalereien und auch nicht politischen Opportunismus verbreiten. Der Stadtrat muss nicht Antworten in unsicheren Zeiten suchen, sondern es geht vor allem darum, durch unsichere Zeiten zu führen. Wir brauchen einen Stadtrat mit Standfestigkeit und mit dem Willen, auch in schwierigen Zeiten voranzugehen. Ich weiss, dazu braucht es Mut, Neues anzupacken. Dazu braucht es Risikobereitschaft, die belohnt und nicht bestraft. Ich verweise heute einmal mehr auf die Motion „Gesunde und attraktive Finanzen“ und auf das Postulat „Controlling-Prozesse betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen, Gebühren und der Bürokratie“. Alles

bürgerliche Vorstösse, die der Stadtrat einfach nicht bereit ist umzusetzen. Warum um Gotteswillen eigentlich nicht?

Meine Dame und Herren Stadträte, Leader sein bedeutet die Fähigkeit zu haben, kurz und langfristige Perspektiven ins Auge zu fassen, die weit über den nächsten Wahltermin hinausgehen. Wenn Sie uns ein Papier über ihre Legislatorschwerpunkte 2009 – 2012 vorlegen, und ich lese zum Beispiel bei Soziales und Sicherheit unter Hauptmassnahmen (Zitat): *Unterstützung des Kantons bei der Standortevaluation für eine sinnvolle Einbettung des kantonalen Justizentrums inklusive Gefängnis ausserhalb der Altstadt*, oder bei Kultur, Sport und Freizeit, (Zitat): *Medien dieser Regionen berichten regelmässig über das Schaffhauser Kulturleben*, dann muss ich Ihnen wirklich sagen, dass ich grosse Zweifel habe, ob Sie eigentlich die Zeichen der Zeit realisiert haben. Das, was Sie in diesem Legislatorschwerpunktepapier vorlegen, sind keine strategischen Ziele für eine Exekutive, die immerhin die Verantwortung über einen Haushalt von über Fr. 200 Mio. zu tragen hat. Solche Legislatorschwerpunkte mit solchem Inhalt sind für mich Papiere, die allenfalls von politischen Fraktionen an ihren Klausurtagungen erstellt werden, um ihre Ziele zu definieren.

Mit meinem Postulat will ich in keinem Fall dem Stadtrat in sein Tagesgeschäft eingreifen. Übrigens können wir das sowieso nicht, denn wir sind ja viel zu weit weg. Aber ich sehe es als unsere Aufgabe und Pflicht an, heute den Stadtrat zu beauftragen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und welche Massnahmen zu treffen sind. Dazu braucht der Stadtrat die Unterstützung des Parlaments, das mitzieht. Vergessen Sie nicht, eine Exekutive braucht zum Umorganisieren und zum Sparen ein starkes einheitliches Parlament. Heute haben Sie die Gelegenheit, das Postulat zu unterstützen, und Sie helfen damit dem Stadtrat. Denn bedenken Sie, wer unter Druck nicht bereit ist, Ausgaben zu senken, der senkt sie erst recht nicht, wenn der Druck nachlässt. Wenn wir heute kein Zeichen setzen, wird früher oder später der Druck auf den Stadtrat derart gross sein, dass Umstrukturierungen unumgänglich sein werden, und dann tun sie weh, und es trifft in der Regel immer nur die Mitarbeiter von tiefen Lohnklassen. Kosten senken bedeutet seine Strukturen zu vereinfachen und zu optimieren und zwar in diesem Fall fürs erste auf der Führungsebene.

Bei meinem Postulat geht es nicht um einen rechten oder linken Weg, sondern nur um den Richtigen! “

SR Peter Neukomm

Stellungnahme

”Es besteht die Gefahr, dass der Bürokratismus hoch stilisiert wird; er entspricht nicht den vielfältigen Aufgaben und Dienstleistungen, die das Personal der Verwaltung im Dienste der Einwohnerschaft erbringt. Überdies ist die Anzahl der Parlamentsvorstösse markant gestiegen. Das Parlament hat zur Effizienzsteigerung eine neue Geschäftsordnung erarbeitet. Es braucht nun Vertrauen statt Misstrauen sowie ein vertrauensvolles Klima. Betreffend Legislaturziele: Ich bedaure, dass Walter Hotz diese nicht bereits anlässlich des Jahresgesprächs hinterfragt hat.

Ich stelle Ihnen die Stellungnahme des Stadtrates auf das Postulat von Walter Hotz “Optimierungs- und Aufgabenstruktur” im Folgenden vor:

1. Grundsätzliches:

In der Postulatsbegründung wird auf ein Organigramm Bezug genommen, das aus

dem Jahr 2004 stammt und nur als internes Arbeitspapier gedacht war. Das aktuelle Organigramm weicht stark davon ab. So existieren die genannten Bereiche "Grün" oder "Leben" gar nicht mehr. Das Ergebnis der per 1. Januar 2005 angepassten Führungs- und Aufgabenstruktur war die Zusammenfassung der Stadtverwaltung von 35 in 16 Bereiche und die Straffung der Abteilungsstruktur. Die Bereiche werden durch eine Stabsorganisation (Führungsunterstützung) ergänzt, die aus vier Einheiten besteht und allen Stadträten und Bereichsleitungen zur Verfügung steht. Die Bereiche orientieren sich an den Kundenbedürfnissen, bilden thematisch eine Einheit, sind gut zu führen und eliminieren so genannte politische Schnittstellen. Jeder Bereich hinterfragte seine Organisation und richtete diese noch konsequenter auf die Wirkungen und eine kunden-/bürgerorientierte Leistungserstellung aus. Bitte nehmen Sie Bezug auf das gegenwärtig aktuellste Organigramm, welches Sie auch auf der Homepage der Stadt finden.

2. Kompetenz- und Rollenverteilung:

Die Organisation und Führung der Stadtverwaltung ist klarerweise eine Exekutivaufgabe des SR. Nach Art. 28 der Stadtverfassung (SV) ist der SR die Verwaltungs- und Vollziehungsbehörde der Stadt. Er übt innert der Schranken der ihm durch Gesetz und Stadtverfassung zugewiesenen Pflichten und Befugnisse die Führung über die gesamte Stadtverwaltung aus. Er bestellt die hierzu erforderlichen Organe und überwacht die Beamten und Angestellten.

Das Postulat vermittelt nun den Eindruck, dass der GrSR dem SR einen Generalplan zur konzeptionellen Neuordnung der Organisation einzelner, willkürlich ausgewählter Bereiche und Abteilungen per Vorstoss verordnen und ihm bis zur Umsetzung dieser Neuorganisation einen Einstellungsstopp auferlegen will. Das widerspricht nun aber nicht nur der Stadtverfassung, sondern auch Art. 52 Abs. 3 Gemeindegesetz (GG), gemäss welchem der SR die Organisation der Stadtverwaltung regelt. Natürlich ist es nach Art. 56 Geschäftsordnung des GrSR (GO) grundsätzlich möglich, den SR per Postulat zu beauftragen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob eine Massnahme zu treffen sei oder es kann ein Bericht über einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand verlangt werden.

Hier macht ein solches Vorgehen aber aus Sicht des SR keinen Sinn, weil

- der Vorstoss einen Dauerauftrag des SR beschlägt und dessen Überweisung darum überflüssig ist,
- der Vorstoss bezüglich Optimierung der Führungsstrukturen offene Türen einrennt,
- die Überweisung des Postulats nur zusätzlichen, bürokratischen Aufwand mit sich bringen würde.

3. Generalplan zur konzeptionellen Neuordnung der Organisation:

Der SR hat mit der Umstellung der Führungsstruktur per 1. Januar 2005 von 35 auf 16 Bereiche und mit der Straffung der Abteilungsstrukturen den vom Postulanten geforderten Weg eingeschlagen und schlankere Führungsstrukturen geschaffen, welche die Grundlage für weitere Verbesserungen bilden. Zielsetzung ist es, die Zahl der Bereichs- und Abteilungsleitungen, wo möglich und sinnvoll, weiter zu reduzieren. Dabei muss jedoch teilweise auf personalrechtliche Gegebenheiten Rücksicht genommen werden, so dass Neuorganisationen vor allem bei Rücktritten und Pensionierungen von Führungskräften umgesetzt werden.

Der SR weiss, wie er die Organisation der Verwaltung weiterentwickeln will und wird entsprechende Tatbeweise liefern. Sie können sicher sein, dass wir unsere politische

Führungsverantwortung in diesem Bereich ernst nehmen. Bei der Organisationsentwicklung handelt es sich um einen ständigen Prozess, bei dem der SR bereits heute ohne Generalplan in Pflicht steht und handelt. Der Aufbau eines zusätzlichen Synergie- und Optimierungsprojekts würde deshalb nur zusätzlichen, unnötigen Bürokratismus nach sich ziehen.

Der neue SR hat bei der Referatsverteilung versucht, die Bereiche unter Berücksichtigung der Schnittstellen noch besser als bisher zusammenzufassen. Man sollte jetzt nicht schon wieder alles über den Haufen werfen. Die eingeschlagene Richtung stimmt. Auch innerhalb der Bereiche wird die Organisation laufend optimiert, wodurch die Dienstleistungen zugunsten der Bevölkerung oftmals ohne zusätzliche Personalkosten ausgebaut werden konnten. Die städtischen Führungskräfte beweisen damit, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden. In den vergangenen Monaten und Jahren gab es dafür diverse Beispiele. Wenn gewünscht kann ich auf einzelne Beispiele im Rahmen unserer Diskussion noch eingehen.

Der Postulant verlangt nun zusätzlich eine Optimierung der "Führungs- und Aufgabenstrukturen". Was er unter "Aufgabenstrukturen" genau versteht, erscheint unklar. Die Aufgaben der öffentlichen Hand auf kommunaler Ebene ergeben sich primär aus übergeordnetem Recht des Bundes und des Kantons, vor allem in unseren personalintensivsten Bereichen Bildung und Betreuung. Aber auch hier sind bereits diverse Reform- oder Optimierungsprojekte am Laufen wie die geleiteten Schulen und die dadurch möglich werdende Reorganisation des Stadtschulrats oder die Installation von Quartierdienstleistungszentren (QDZ).

Ein Generalplan für eine konzeptionelle Neuordnung der Organisation ist also nicht nötig. Was es braucht sind schlanke Strukturen, flache Hierarchien, motiviertes und kompetentes Personal, faire Löhne, moderne Arbeitsinstrumentarien sowie klare Zielsetzungen der Führung und der Politik. Der SR ist hier auch in eigenem Interesse aktiv.

Dies ist mit ein Grund, weshalb er dieses Jahr, nach einer kritischen Überprüfung der Ergebnisse des Projektes OPTI, ein Nachfolgeprojekt mit Neuausrichtung im Sinne „weg von einmaligen Aktionen und Sparübungen“ hin zu „ständigen Prozessen“ beschlossen hat. Dazu gehört neben der Überprüfung von Abläufen sowie kontinuierlichen Verbesserungsprozessen (KVP) mit dem Grundsatz „keep it simple“ auch die Überprüfung des Leistungskataloges mit dem Hinterfragen der Notwendigkeit von Leistungen und der aktuellen Standards der Leistungserstellung. Ganz wichtig sind aber auch Fragen nach weiteren Kooperationen, Zusammenlegungen oder Auslagerungen. Denn die Erfahrungen haben gezeigt, dass reine Sparübungen hohe Erwartungen schüren, viel Aufwand generieren und wenig Zählbares bringen. Andere Städte machen da ähnliche Erfahrungen, wie die letzte Haushaltssanierung der Stadt Winterthur belegt. Sie ist per Ende 2008 abgeschlossen worden. Trotz grossem Aufwand und Beizug teurer externer Beratungsfirmen mit Kosten von über Fr. 2 Mio. konnte nur ein Einsparpotenzial von Fr. 11.1 Mio. gefunden werden. Das bedeutet bei einem Haushalt von rund Fr. 1 Milliarde nur rund 1%!

Fazit:

Ohne Einschränkung des Dienstleistungsangebots für die Bevölkerung sind keine markanten Einsparungen mehr zu haben. Und für solche schmerzhaften Einschnitte braucht es einen politischen Konsens. Darum wird das Stadtparlament zu gegebener Zeit in die Entscheidungsfindung miteinbezogen und wird dort auch Verantwortung

übernehmen müssen. Auf diese Weise wollen wir auch so schnell als möglich einen vernünftigen Weg aus der festgefahrenen Situation um die Motion Wullschleger aufzeigen und diese damit erledigen.

4. Stellenstopp bis zum Abschluss der Prüfung:

Ein Stellenstopp in einzelnen Bereichen stellt einen Eingriff in die Kompetenzen der Exekutive zur Ausgestaltung der Verwaltung dar. Der SR war und ist bei der Stellenbewirtschaftung zurückhaltend, gerade auch weil ihm bewusst ist, dass bei einem Dienstleistungsbetrieb zwangsläufig die Personalausgaben den grössten Kostenfaktor darstellen. Angesichts der kurz- und mittelfristigen schwierigeren finanziellen Aussichten (einbrechende Steuereinnahmen, steigende Sozialausgaben, dringender Investitionsbedarf) wird der SR im Stellenbereich auch künftig äusserst zurückhaltend bleiben und sich hüten, durch unnötige Stellenvermehrungen Fixkosten in die Höhe zu treiben.

Personalkosten können im öffentlichen Dienst nicht so flexibel gehandhabt werden wie in der Privatwirtschaft, was mit ein Grund ist, weshalb es klare Weisungen über die Wiederbesetzung von Stellen in der Stadtverwaltung gibt. Sie müssen schriftlich begründet und vom zuständigen Referenten sowie dem Personaldienst bewilligt werden. Über Lohnband 9 entscheidet der Gesamtstadtrat über eine Wiederbesetzung.

Die Fokussierung auf die Zahl der Stellen in einem Bereich kann auch nicht das alleinige Kriterium sein: Gemäss Art. 19 Abs. 2 des Personalgesetzes korreliert die Anzahl Stellen nur noch bedingt mit der Lohnsumme, welche das Parlament festlegt. So kann es sein, dass in einem Bereich ältere, "teurere" MA zufolge Pensionierung durch junge, "günstigere" ersetzt werden und der SR auch dadurch die Möglichkeit besitzt, Einfluss auf die Lohnsumme auszuüben.

Recht geben wir dem Postulanten bei seiner Forderung, dass Strukturen und Abläufe immer wieder hinterfragt und optimiert werden müssen. Dies ist eine Daueraufgabe der Führung, auf die der neue SR grosses Gewicht legt. Dies hat er in Ziff. 7.4 der Legislatorschwerpunkte 2009/13 festgehalten: *Die Stadt Schaffhausen hat eine moderne bürgerfreundliche Verwaltung mit zeitgemässen Kompetenzen, Strukturen und Prozessen.* Genau hierzu wurde kürzlich das Aufgabengebiet des Controllings erweitert, notabene ohne Stellenaufstockung: Es soll künftig alle Bereiche der Stadt bei der Organisationsentwicklung unterstützen.

Um die Personalkosten im Griff zu behalten, hat der SR dieses Jahr ein neues Führungsinstrument eingeführt. Das Controlling bereitet für alle Bereiche vierteljährlich eine Übersicht über die Entwicklung der Personalausgaben auf. Damit sind die Bereichsleiter und Abteilungsleiter über den Stand ihrer Personalkosten aktuell informiert und können damit auch besser Einfluss nehmen.

Die Mitarbeiterstatistik, welche den Stellenplan abgelöst hat und bis Ende Jahr noch aufwändig in Excel-Listen geführt wird, sollte dank der Einführung einer modernen Personal- und Lohnapplikations-Software (xpert-line) durch den Personaldienst auf 2010 wesentlich präziser und aussagekräftiger werden, was ebenfalls der Führung zugute kommen wird. Fakt ist, dass die Lohnkosten in jüngster Zeit stabilisiert werden konnten und dies trotz äusseren Umständen, welche den Aufwand konstant erhöht haben:

Dazu gehören:

- zusätzliche Anforderungen aus übergeordnetem Recht von Bund und Kanton,
- gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen, auf welche die öffentliche Hand reagieren muss wie zum Beispiel im Sicherheitsbereich (Stichwort Videoüberwachung),
- Aufträge des GrSR für zusätzliche Leistungen (beispielsweise Schulsozialarbeit).

Dass der SR im Bereich der Personalkosten grosse Anstrengungen unternimmt, geht auch aus dem Budget 2010 hervor, in welchem dieser Ausgabeposten Fr. 1,4 Mio. unter demjenigen des Budgets 2009 liegt. Als Vergleich: Die Gemeinde Neuhausen zum Beispiel wird nächstes Jahr über Fr. 2 Mio. höhere Personalausgaben haben. Ausser der vom SR analog zum Kanton beantragten Erhöhung der Lohnsumme um 1% steigen diese Positionen nächstes Jahr vor allem dort an, wo der GrSR - natürlich meistens auch auf Antrag des SR - zusätzliche Leistungen zugunsten der Bevölkerung beschlossen hat.

Und noch zum stadträtlichen Antrag auf Erhöhung der Lohnsumme um 1%: Wir werden der PEKO keine generelle, sondern eine individuelle Lohnerhöhung vorschlagen, allenfalls sogar mit einer Lohnobergrenze, damit vor allem die unteren Einkommen profitieren würden. Darüber hinaus hat der SR das Ziel, künftiges Lohnsummenwachstum für Lohnerhöhungen möglichst durch Effizienzsteigerungen und Optimierungsmassnahmen aufzufangen.

Ein Vergleich mit anderen, ähnlich grossen Schweizerstädten zeigt, dass der Anteil unserer Personalkosten am Gesamthaushalt, pro Kopf der Bevölkerung oder auch im Vergleich zum Steuersubstrat, absolut im Rahmen liegt. Die ständigen Behauptungen, die Stadt sei überverwaltet und brauche für die Bewältigung ihrer Aufgaben zu viel Personal, entbehren einer sachlichen Grundlage und werden durch die ständige Wiederholung auch nicht wahrer.

Wir haben zum Vergleich die Zahlen der Kantonshauptstädte Neuchatel, Fribourg und Luzern sowie der Städte Winterthur und Wil für das Jahr 2008 beigezogen.

Die Vergleiche sind nicht einfach, weil die Städte zum Teil mit ziemlich unterschiedlichen Voraussetzungen haushalten müssen. Die einen Städte betreiben keine Altersheime, die anderen verfügen noch über eine Polizei et cetera. Wenn man in die Tiefe gehen wollte, müsste man Transferzahlungen, die Abgeltung der Löhne im Bildungswesen oder die Aufteilung der Sozialhilfekosten zwischen den Vergleichsstädten und ihren Kantone analysieren et cetera. Es ist auch nicht dasselbe, ob ein Ort Kantonshauptort mit Zentrumsfunktionen oder, ob man eine Schlafgemeinde am Rande einer grossen Agglomeration anschaut. Auch wenn wir nicht in die Tiefe gegangen sind, weil das einen enormen Aufwand verursacht hätte, können einige Feststellungen gemacht werden, die eine gewisse Verlässlichkeit haben.

Dabei zeigte sich, dass der Gesamtaufwand der Stadt Schaffhausen mit Fr. 6'180.-- pro Kopf absolut im Rahmen liegt. In Fribourg beträgt der pro Kopf Aufwand Fr. 6'123.--, in Neuchatel Fr. 7'614.--, in Luzern Fr. 10'110.--, in Winterthur Fr. 13'619.--. Wil, das auf nächstes Jahr seine Steuern um 4% erhöhen muss, kommt immerhin auch auf Fr. 5'725.--.

Beim Aufwand für die allgemeine Verwaltung schneidet Schaffhausen mit Fr. 632.--

pro Kopf sehr günstig ab, nämlich genau gleich wie das halb so grosse Wil. Fribourg kommt auf Fr. 733.--, Winterthur auf Fr. 789.-- und Luzern gar auf Fr. 1'033.--.

Auch beim Personalaufwand gibt es keine Auffälligkeiten:

Mit Altersheimen kommt Schaffhausen auf Fr. 2'733 pro Kopf, ohne auf Fr. 1'555.--. Fribourg (ohne Altersheime) liegt bei Fr. 1'580.--, Wil, immerhin bei Fr. 1'468.--, Neuenburg bei Fr. 2'447.--, Luzern bei Fr. 3'374.-- und Winterthur bei Fr. 3'791.-- (alle drei mit eigenem Polizeikorps!).

Es ist dem SR zudem ein Anliegen festzuhalten, dass die rund 1'200 - 1'500 Menschen mit rund 900 Stellenprozenten, welche bei der Stadt arbeiten, eben nicht bloss Kostenfaktoren darstellen. Die meisten von ihnen sind engagierte Know-how-Träger im Dienste der Allgemeinheit und daneben übrigens auch noch Konsumenten und Steuerzahler.

Sie leisten rund um die Uhr wertvollen Einsatz zugunsten unserer Bevölkerung, sei dies zum Beispiel:

- bei der Betreuung unserer Senioren in den Altersheimen
- oder der Kinder in Kindertagesstätten,
- im Unterhalt unserer Schulgebäude, Sportstätten, Strassen, Grünanlagen, Friedhöfen et cetera,
- beim Schnee- und Müllräumen auf den Strassen,
- bei der Buchausleihe in den Bibliotheken oder bei der Entwicklung und Präsentation von Ausstellungen im Museum,
- bei der Beratung der Steuerpflichtigen auf der Steuerverwaltung,
- bei der Sicherstellung der Energie- und Wasserversorgung der Haushalte und Firmen,
- beim zuverlässigen Transport von 13 Millionen Menschen pro Jahr in den Bussen der VBSH,
- bei der Betreuung und Unterstützung von Behinderten und Familien in Krisensituationen in der Vormundschaftsbehörde,
- beim letzten Gang der Verstorbenen und der Beratung der Hinterbliebenen durch das Bestattungsamt,
- bei der Nachlassplanung und -regelung im Erbschaftsamt,
- bei der Erstellung wichtiger Personaldokumente in der Einwohnerkontrolle und im Zivilstandsamt,
- beim Archivieren unserer Geschichte im Stadtarchiv,
- bei der Betreuung von finanziell in Not Geratenen und Bedürftigen bei der Sozialhilfe,
- bei der Beratung zu Fragen des Bauens und Energiesparens im Baureferat,
- beim Löschen von Bränden in der Feuerwehr.

Das sind nur einige anspruchsvolle und wichtige Dienste, auf welche Private wie Unternehmen in dieser Stadt angewiesen sind. Darum teilt der SR auch die pauschale Aussage des Postulanten nicht, generell sei weniger Staat für Bürger und Unternehmen besser.

5. Vorwurf des "Bürokratismus":

Die Gefahr des Bürokratismus existiert bei jeder grösseren organisatorischen Einheit, ob im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft. Sie erweist sich für den Bürger wie die Unternehmen als hinderlich. In diesem Punkt stimmt der SR dem Postulanten

zu.

Wie eingangs erwähnt, betrachtet der SR die Bekämpfung der Bürokratie als Daueraufgabe der Führung. Die Mitarbeitenden werden immer wieder dazu angehalten und motiviert, Strukturen und Prozesse zu durchforsten und zu vereinfachen, damit unnötige Bürokratie abgebaut oder verhindert werden kann. Dies geschieht in einem zunehmend komplexeren Umfeld mit immer neuen Aufgaben und Anforderungen, welche oftmals von den übergeordneten Ebenen Bund und Kanton stammen. Ähnliches gilt für den Aufwand zur Bewältigung der in den vergangenen Jahren markant angestiegenen Zahl von Parlamentsgeschäften.

Nicht nur in der Verwaltung müssen Strukturen und Abläufe immer wieder hinterfragt werden, sondern auch im politischen Prozess. Letztes Jahr haben wir da mit der neuen Geschäftsordnung des Parlaments einen Anfang gemacht und festgestellt, dass es angesichts der starken Verkleinerung des GrSR eine Entschlackung der politischen Abläufe durch zeitgemässere Kompetenzen braucht. Mehr Effizienz heisst hier Übertragen von mehr Verantwortung an die gewählten Behörden - Legislative wie Exekutive. Mit der anstehenden Verfassungsrevision wird sich eine Chance bieten, die wir packen sollten.

Bürokratismus wird im Übrigen auch durch übertriebene Kontrolle verursacht. Das ist nicht nur bei der öffentlichen Hand der Fall. Manchmal braucht es eben auch etwas mehr Vertrauen statt Misstrauen. Der SR versucht mit seinen Zielsetzungen und Anstrengungen (beispielsweise für mehr Transparenz; Ziff. 7.4 Legislaturschwerpunkte), die er in den ersten Monaten der Legislatur angestossen hat, einiges zu unternehmen, um ein vertrauensvolles Klima zu fördern. Ich erinnere Sie an das erste Parteiengespräch oder das Treffen des SR mit den städtischen Kantonsräten und den eidgenössischen Parlamentariern, bei welchem die Legislaturziele zur Diskussion gestellt wurden oder an das Bekenntnis zu einer verbesserten Zusammenarbeit mit dem Kanton, wo bereits erste Tatbeweise erfolgt sind und weitere folgen werden.

5.1 Bürokratieabbau durch Personalabbau:

Stellt die Stadt - meistens ja auch mit Zustimmung des GrSR - zusätzliches Personal ein, dann immer mit dem Ziel, Dienstleistungen zugunsten der Bevölkerung zu erbringen (aktuellste Beispiele: QDZ, Schulsozialarbeit, Quartier- und Jugendarbeit). Darum greift es zu kurz, wenn der Postulant Personalabbau mit Bürokratieabbau gleichsetzt. Personalabbau bedeutet auch eine Einschränkung oder eine Verunmöglichung von Dienstleistungserbringung und das kann wiederum die avisierte Attraktivierung unserer Stadt im Standortwettbewerb gefährden, was wir nicht wollen. Schliesslich haben wir uns im Rahmen unserer Legislaturschwerpunkte dazu bekannt, verschiedene Faktoren zu verbessern und nicht zu verschlechtern (vergleiche Ziff. 1 und 2 Legislaturschwerpunkte).

Reden Sie also nicht unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus um den heissen Brei herum. Schenken Sie der Bevölkerung reinen Wein ein und sagen Sie, wo ein Dienstleistungsabbau stattfinden soll. Das ist angesichts der Tatsache, dass rund 80% unserer kommunalen Aufgaben durch Bund und Kanton gesetzlich vorgegeben sind, nicht ganz einfach. Und, wenn ich den nächsten Vorstoss ("Massnahmen für eine sichere und saubere Altstadt") auf der Traktandenliste anschau, sehe ich doch zumindest widersprüchliche Signale.

5.2 Bürokratismus als Grund für die anhaltende Wachstumsschwäche der Stadt:

Die Behauptung, dass Bürokratismus für die anhaltende Wachstumsschwäche der Stadt verantwortlich sei, teilt der SR nicht. In der Begründung des Postulanten wurden keinerlei konkrete Beispiele für Bürokratismus genannt, was der SR beruhigt zur Kenntnis nimmt. Konkrete Hinweise auf Bürokratismus nehmen wir gerne entgegen und gehen diesen auch konsequent nach.

Die Wirtschaftsförderung wirbt in ihrer Imagekampagne für das kleine Paradies gerade mit dem Gegenteil von dem, was das Postulat suggeriert: Nämlich dem Fehlen von unnötigem Bürokratismus als explizitem Plus von Schaffhausen: *“Der direkte Zugang zu Behörden und Verwaltung ermöglicht rasche Entscheide (Seite 16).”* Die Wirtschaftsförderung kann Ihnen auch die Ursachen der Wachstumsschwächen, die ja nicht nur die Stadt, sondern unseren ganzen Kanton treffen, erläutern. Sie haben jedenfalls nichts mit Bürokratismus in der städtischen Verwaltung zu tun.

Der SR hat in seinen Legislatorschwerpunkten seinen Willen bekundet, die Wachstumsschwäche unserer Stadt zu überwinden. Wir wollen und wir brauchen ein Bevölkerungswachstum, damit wir einen hochwertigen Service Public bei einer moderaten fiskalischen Belastung erhalten und weiterentwickeln können.

In den letzten Monaten erfuhr die Stadt einen erfreulichen, wenn auch noch bescheidenen Einwohnerzuwachs. Damit dieser Zuwachs verstärkt werden kann, müssen wir in den nächsten Jahren einige wichtige Vorinvestitionen tätigen, insbesondere zur Schaffung von neuem hochwertigem Wohnraum für junge, mittelständische Familien. Das ist das Zielpublikum unserer Anstrengungen (Stichwort: PASS). Da laufen wir synchron mit der Image-Kampagne der Wirtschaftsförderung.

6. Weitergabe von Effizienzvorteilen in Form tieferer Steuern:

Die öffentliche Hand ist im Gegensatz zur Privatwirtschaft nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Haushaltführung richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit, des mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalts und des Verbots der Zweckbindung der Steuern (Art. 2 FHG). Ziel muss sein, Einnahmen und Ausgaben der Laufenden Rechnung mittelfristig im Gleichgewicht zu halten. Fehlbeträge aus der Laufenden Rechnung sind in den folgenden Jahren abzutragen (Art. 7 FHG). Der SR kennt diese gesetzlichen Verpflichtungen und lebt ihnen auch nach. Dass er dies in der Vergangenheit nicht so schlecht gemacht hat, belegt unter anderem das Resultat der Bilanz-Studie über die Finanzhaushalte verschiedener Schweizer Städte, welche am 21.10.2009 veröffentlicht worden ist.

Der SR bekennt sich dazu, Effizienzgewinne bei der Aufgabenerfüllung der Bevölkerung weiterzugeben. Dies soll - wie in den vergangenen Jahren erfolgreich praktiziert - durch zusätzliche Investitionen zur Attraktivierung des städtischen Dienstleistungs- und Infrastrukturangebots, durch Schuldenabbau und durch Entlastungen bei Steuern und Gebühren erfolgen.

Dafür braucht es aus Sicht des SR aber keinen zusätzlichen Bericht oder Generalplan, denn auch der SR weiss, dass wir uns bezüglich der fiskalischen Belastung in einem Standortwettbewerb befinden.

In diesem Zusammenhang muss aber wieder einmal in Erinnerung gerufen werden, dass die Steuerpflichtigen in den vergangenen 8 Jahren durch zahlreiche

Steuergesetzrevisionen und Steuerfussenkungen markant entlastet worden sind. Das Ausmass dieser Entlastungen bezeichnete der kantonale Finanzdirektor letztes Jahr als "weltrekordverdächtig" (Kantonsratsprotokoll vom 27.10.2008, Seite 782), was die haltlosen Vorwürfe der Steuerhöhlenkampagne widerlegt.

Seit 2001 bewirkten die Steuerentlastungen für die Stadt rund Fr. 30 Mio. weniger Einnahmen! Dass in den letzten Jahren derart grosse Steuerreduktionen ohne Abbau öffentlicher Dienstleistungen aufgefangen werden konnten, war einem kräftigen Wirtschaftswachstum, einer erfolgreichen Ansiedlung neuer Unternehmen sowie einer vernünftigen städtischen Finanzpolitik zu verdanken. Dank dieser war es auch möglich, die ungedeckte Schuld wie die langfristigen Schulden in den letzten Jahren spürbar zu reduzieren.

Der SR will diese ausgewogene Finanzpolitik fortführen. Die Zielsetzung des Postulanten ist hingegen sehr eindimensional: Durch Verwaltungsoptimierung und strukturelle Verbesserungen erzielte Effizienzgewinne sollen einzig und allein dazu genutzt werden, Steuersenkungen zu finanzieren. Diese Strategie negiert, dass ein Gemeinwesen eben mehr als einen attraktiven Steuerfuss braucht, um für potenzielle Neuzuzüger und Unternehmen interessant zu sein. Das belegen zahlreiche Studien und Untersuchungen.

Neben einer moderaten Steuerbelastung hat der moderne Leistungsstaat noch viele andere, wichtige Ziele, die zum Teil mit Steuersenkungen im Widerspruch stehen. Um bei einigen von diesen wichtigen Standortfaktoren mit unserer Konkurrenz mithalten zu können, werden wir darum in Zukunft punktuell mehr investieren müssen, zum Beispiel:

- bei der Schaffung von Wohnraum in Altstadtliegenschaften durch Zentralisierung der Verwaltung,
- bei der Erschliessung hochwertiger Wohngebiete, beispielsweise auf der Breite und im Lindli (PASS),
- für die Einzonung und Verflüssigung von Bauland,
- für einen besseren Zugang unserer Stadt an den Rhein,
- für die Schaffung einer zeitgemässen Sport- und Kongressinfrastruktur,
- für Quartierdienstleistungszentren in der Altersbetreuung sowie
- für eine Modernisierung der Volksschule (Schulleitungen, Tagesstrukturen).

Dem SR liegt darüber hinaus auch weiterhin die Qualität der Dienstleistungserbringung am Herzen. Hierzu müssen wir ein attraktiver und verlässlicher Arbeitgeber und Ausbildner sein und bleiben (vergleiche Legislaturziel Ziff. 7.6). Da stehen wir in der Pflicht und auch im Schaufenster der Öffentlichkeit. Und oftmals helfen professionelle kommunale Dienste Kosten für die Allgemeinheit einzusparen, die sonst um ein Vielfaches höher ausfallen würden (Stichwort: Sparen am falschen Ort! Beispiel: Pilzkontrolle).

7. Fazit:

Im Gegensatz zur Schwarzmalerei des Postulanten ist der SR überzeugt, dass die Stadt Schaffhausen schon heute über eine moderne, bürgerfreundliche und auch schlanke Verwaltung verfügt. Wir scheuen da keine Vergleiche und werden versuchen, Ihnen solche aussagekräftigen Benchmarks mit anderen Städten zu liefern, auch wenn das nicht ganz einfach ist.

Der SR stellt damit aber die Notwendigkeit einer ständigen Optimierung der Organisation und bei der Leistungserbringung nicht in Abrede. Sie ist in den Legislaturzielen über die Einführung eines KVP explizit enthalten (Ziff. 7.4). Dazu gehört eine dienstleistungsorientierte Organisationskultur sowie das Überprüfen und Anpassen von Prozessen.

Zu den weiteren Zielen in diesem Bereich gehört:

- Förderung der Unternehmensentwicklung durch gezielte Gestaltung von Lern-/Entwicklungs- und Veränderungsprozessen (Ziff. 7.6)
- Suchen nach Synergien und Zusammenarbeitsmodellen mit dem Kanton und anderen Gemeinden (Ziff. 7.1)
- Implementierung zeitgemässer Führungssysteme und -prinzipien (Ziff. 7.3)
- Weitere Modernisierung der IT-Möglichkeiten (Einsatz von eGovernment, Ziff. 7.4)

Wir haben Ihnen damit aufzuzeigen versucht, dass der SR seinen Auftrag ernst nimmt, mit seinen Legislatorschwerpunkten den Weg aufgezeigt hat, auf Kurs ist und keinen zusätzlichen Generalplan zur Führung der Verwaltung braucht.

Der Stadtrat ersucht deshalb den Postulanten darum, den Vorstoss in eine Interpellation umzuwandeln. Falls diese Anregung nicht auf fruchtbaren Boden trifft, beantragen wir dem GrSR, die Überweisung des Postulats abzulehnen. “

Urs Tanner (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Ich stelle mein Votum ganz unter das Motto von Esther Bänziger: Eigentlich wollte ich dazu nichts sagen, aber ... Die Bitte, die ich an Walter Hotz richte, lautet, keine Noten zu verteilen, sondern Geschäfte oder Vorlagen zu zerpfücken. So, wie alle Schweizerinnen und Schweizer Fussballtrainer sind, versucht sich der Postulant immer wieder als sechster Stadtrat. Leider übersieht er gerne, dass im Rechtsstadt Schweiz und im Kleinstaat Schaffhausen Kompetenz- und Verantwortungsbereiche - wie Exekutive und Legislative - existieren.

Die Organisation und Führung der Stadtverwaltung ist und bleibt eine Exkutivaufgabe des Stadtrates. Nach Art. 28 der Stadtverfassung ist der Stadtrat die Verwaltungs- und Vollziehungsbehörde der Stadt. Er übt innert der Schranken der ihm durch Gesetz und Stadtverfassung zugewiesenen Pflichten und Befugnisse die gesamte Stadtverwaltung aus.

Der Vorstoss ist ein Dauerauftrag des Stadtrates und rennt bezüglich Optimierung der Führungsstrukturen offene Türen ein. Die Überweisung des Postulats würde selbst nur zusätzlichen bürokratischen Aufwand generieren. Da bisse sich die Katze wohl in den berühmten Schwanz. Nehmen Sie dies doch bitte zur Kenntnis. Wenn Sie aber Ihren messianischen Eifer effektiv nutzen wollen, dann stellen Sie sich dem Schaffhauser Volk für ein Exekutivamt zur Verfügung. Bitte überprüfen Sie Ihre Schlagwörter, haben Sie Vertrauen, es kommt gut.

Ihr Dauermantra “Weniger Staat besser für Bürger und Unternehmer” wird durch tägliches Herunterbeten auch nicht intelligenter. Die Banken “to big to fail” waren jedenfalls froh, in den Schoss von Mutter Staat zu fallen und sich aufpäppeln zu lassen. Wir haben volles Vertrauen in die Organisationsstruktur des Stadtrates und stehen auch voll hinter den kompetenten Aussagen von SR Peter Neukomm.

Noch ein weiterer pädagogischer Hinweis von einem Hobbylehrer: Es ist nicht verboten zu loben. Ich habe Walter Hotz noch nie loben gehört. Ich beispielsweise gratuliere der Stadt für den hervorragenden 2. Platz, den die Zeitschrift "Bilan" uns verliehen hat. Das, lieber Postulant, sind hard facts. Wir werden das Postulat auf jeden Fall nicht unterstützen. "

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

"Steter Tropfen höhlt den Stein oder mehrfaches Auffrischen führt zum Ziel - das haben wir in der Politik oder zu Hause schon oft erlebt. Was soll das heissen? Der Grosse Stadtrat hat die Motion von Peter Wullschleger an den Stadtrat überwiesen und somit einen Auftrag erteilt. Da der Grosse Stadtrat ja bekanntlich nicht "nichts" ist, hat diese Motion schon einen Auftrag: Bericht und Antrag sollten nämlich folgen. Aus diesem Grund habe ich dieses Postulat mit unterzeichnet und werde ihm auch zustimmen; denn es soll eine Erinnerung an den hängigen Bericht und Antrag sein. Solange die Motion Wullschleger im Raum hängt, werden im Rat immer wieder solche Vorstösse eingereicht - die ich auch weiterhin mitunterschreiben werde - denn aus Blödsinn hat der Grosse Stadtrat ja die Motion nicht überwiesen. "

Lotti Winzeler (OeBS)**Votum**

"SR Peter Neukomm hat in seiner perfekten Stellungnahme bereits alles gesagt, ich habe nichts mehr hinzuzufügen. Ich werde das Postulat nicht unterstützen. "

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

"Ich spreche nicht zu Walter Hotz, sondern zu Thomas Hauser. Er führt hier einmal mehr das Postulat Wullschleger an. Ich finde es unhaltbar, wenn dieses Postulat immer wieder geltend gemacht wird.

Wie soll der Stadtrat dieses umsetzen? Die Stadt hat nicht wie der Kanton in den letzten Jahren wie der Spatz im Hanf gelebt. Sie hat schlicht nicht die Mittel, die Forderungen von Peter Wullschleger zu erfüllen. Es kommt mir vor wie im Rumpelstilz, wo die Müllerstochter aus Stroh Gold spinnen soll. Wir spielen doch hier nicht Rumpelstilz miteinander! Das wollte ich Thomas Hauser noch sagen, bevor er flieht. Ich frage mich nämlich, ob wir ihn nach seinem Geständnis vorher, einfach ziehen lassen können oder ob er nicht in Untersuchungshaft gehört. "

Josef Eugster (SVP)**Votum**

"Ich möchte die Leistungen des Stadtrates an dieser Stelle nicht werten, aber der Stadtrat und das Parlament haben seit Anfang der 90er Jahre den Schuldenberg um rund Fr. 50-60 Mio. erhöht. Gewisse Wahrheiten sind im Postulat enthalten; allerdings hoffe ich, dass wir jetzt mit der neuen Exekutive besseren Zeiten entgegen gehen. Einsparungen beim Personal wirken sofort; aber ich denke, man sollte einfach das zur Verfügung stehende Geld effizienter und nicht immer zur Erfüllung sämtlicher Wünsche einsetzen. "

Erwin Sutter (EDU)**Votum**

"Da die Effizienz dieses Rates in Anzahl Worten gemessen wird, möchte ich mich kurz fassen und so werde ich mich vorwiegend stichwortartig zum Thema äussern.

KVP = kontinuierlicher Verbesserungsprozess: Da liegt der Stadtrat richtig, das muss auch in der öffentlichen Verwaltung gelebt werden.

Reorganisation der Verwaltung auf 16 Referate: Hinter diesem Argument zur Optimierung der Verwaltung scheint sich der Stadtrat etwas verstecken zu wollen. Administrative Leerläufe gibt es überall, und die gilt es rigoros auszumerzen.

WoV: Der Grosse Stadtrat hat WoV abgelehnt. Mit WoV hätte die Stadt die Verwaltung wirkungsvoll führen können, wie das der Begriff WoV ja impliziert. Mindestens wäre damit Transparenz in die Kostenstruktur von Produkten gebracht worden, Quersubventionen hätten erkannt werden können. Die politische Diskussion, ob einzelne Dienstleistungen, beziehungsweise Produkte ihren Preis auch wert sind, kann mit den heutigen Rechnungsdaten nicht geführt werden.

Ich schlage vor, dass der Stadtrat eine externe, unabhängige Stelle beauftragt, die Verwaltungsstrukturen auf Optimierungspotenzial zu durchforsten. Ob er den Bericht dieser Stelle dann auch der Öffentlichkeit zugänglich machen will, ist seine Sache, wichtig ist, dass daraus Massnahmen getroffen werden. Das Beispiel der vom SR genannten Stadt, die das gemacht hat, brachte bei einem Einsatz von Fr. 2 Mio. für eine externe Untersuchung immerhin einen Gewinn von Fr. 11 Mio., das ist doch ein guter Return on Investment!

Ich werde deshalb das Postulat von Walter Hotz unterstützen. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)

Votum

”Ab und zu gibt es parlamentarische Vorstösse, die lassen mein Unternehmerherz erschauern. Ich stelle mir vor, wie ich reagieren würde, wenn der Verwaltungsrat meiner Firma eine solche schwammige Zielvorgabe - wie im Postulat erwähnt - stellen würde.

Unser Parlament hätte einschneidende Massnahmen gehabt, solche Zielvorgaben zu setzen. Über die parlamentarische Steuerung des Dreiecks Kosten/Leistung/Wirkung hätten wir ein Instrument gehabt, wo wir auf das operative Geschäft des Stadtrates Einfluss hätten nehmen können.

An dieser Stelle möchte ich eine von Walter Hotz persönlich gemachte Aussage erinnern (Zitat):

Wir brauchen eine moderne Verwaltung, eine einheitliche Verwaltung, die ihre sozialpolitische Verantwortung wahrnimmt. Es darf nicht sein, dass die Verwaltung nur noch für Vermögende Leistungen erbringen wird. Es muss uns auch klar sein, dass die städtische Verwaltung in gewissen Bereichen nicht kostendeckend arbeiten kann. “

Christoph Lenz (AL)

Votum

”Ich wollte mich eigentlich zu diesem Geschäft nicht äussern, wurde aber von einigen Bemerkungen provoziert.

Walter Hotz hat erwähnt, dass Stadt und Kanton zu den drei grössten Arbeitgebern in unserer Region zählen. Das tönt natürlich eigenartig. Ich möchte Walter Hotz an einem Beispiel anschaulich machen, dass dies gar nicht so schlimm ist, wie er meint.

Du würdest mir wahrscheinlich zustimmen, wenn ich dir sagen würde, dass ich nicht ein besonders grosser Mann bin – rein körperlich gesehen. Als ich letzten Sommer in China in den Ferien war, zählte ich trotzdem zu den Grössten, obwohl es dort viel mehr Menschen hat. Die Grösse des Einzelnen sagt nämlich nichts aus über die Grösse des Ganzen.

Genau gleich ist es in Schaffhausen. Die hiesige Wirtschaftsstruktur ist sehr kleingliedrig. Es gibt überdurchschnittlich viele KMU, die ja auch das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft darstellen. Wegen dieser Struktur gehören Kanton und Stadt zu den grössten Arbeitgebern. Dass die grossen Unternehmen weggestorben sind, daraus kannst Du, wie SR Peter Neukomm richtig gesagt hat, der Stadt keinen Strick drehen.

In seinem Votum hat Walter Hotz mehrmals eine dubiose Liste mit den Löhnen der städtischen Angestellten erwähnt. Er hat wiederholt an uns appelliert, dass wir ihm glauben müssten. Nun, Walter Hotz, Glauben setzt Glaubwürdigkeit voraus. Und deiner eigenen Glaubwürdigkeit hast du mit deinem Verhalten in den letzten Wochen nicht einen sonderlich guten Dienst erwiesen. Vielleicht ist es eben nicht nur die Streitlust, die einen guten Volksvertreter ausmacht, sondern auch seine Glaubwürdigkeit und das Vertrauen. Das solltest du bedenken, wenn du das nächste Mal zu einem Sololauf in der Presse ansetzt und wenn du immer noch die Hoffnung hast, eines Tages auch mal den Glauben der Linken zu ernten.

Dann möchte ich nur kurz etwas zum Votum von Josef Eugster sagen. Er hat hier vorne behauptet, dass die Stadt seit den 90er-Jahren Fr. 50 bis 60 Mio. Schulden angehäuft hat. Ob das stimmt, kann ich nicht beurteilen, ich war anfangs der 90er-Jahre noch im Kindergarten. Ich möchte Josef Eugster aber bitten, in seinen Vergleichen ein faires Mass zu wählen. Seit 2001 hat die Stadt nämlich 20 Mio. Schulden abgebaut. Sonst könnte man ja die Landschaftszersiedelung auch so beklagen, dass seit 1055 der ganze Raum Schaffhausen verbaut worden ist.

Ich möchte nur sagen: In den letzten Jahren hat bei den Schulden die Tendenz gestimmt. Auch deswegen hat unser Stadtrat unser Vertrauen verdient.

Und dann noch kurz zu Erwin Sutter, der gemeint hat, man müsste die Verwaltung von externen Beratern nach Sparpotential durchleuchten lassen. Ich bin dagegen, dass wir die letzten paar Rappen, die wir noch flüssig haben, irgendeinem externen Berater in den Schlund werfen, nur um herauszufinden, dass es doch nichts zu sparen gibt. “

Theresia Derksen (CVP)

Votum

”Mit dem vorliegenden Postulat wird vom Stadtrat verlangt, dass er einen Generalplan zur konzeptionellen Neuordnung der städtischen Organisation erstellen soll. Ziel muss sein, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen und die von den Einwohnern von der Stadt erwarteten Dienstleistungen zu erbringen. Dazu braucht es die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen. Zwischen den Zeilen des Postulats fordert der Postulant einen Stellen- und Dienstleistungsabbau ohne konkrete und umsetzbare Vorschläge zu bringen.

Es kann aber nicht sein, dass Sie jetzt einen Generalplan zur konzeptionellen Neuordnung der städtischen Organisation fordern, der personelle und finanzielle Ressourcen kostet, aber nicht gewährt, dass das gewünschte Ziel erreicht wird. Das

erhoffte Sparziel ist auch den Entscheidungsinstanzen im Projekt Optimierungspotenzial nicht ganz gelungen, und wir gehen davon aus, dass man sich redlich darum bemüht hat und das von SR Peter Neukomm erwähnte Nachfolgeprojekt neue Ansätze aufzeigen wird.

Leider löst auch das vorliegende Postulat das Problem nicht; es löst aber Kosten aus und bindet personelle Ressourcen, weshalb ich es ablehnen werde. “

SR Peter Neukomm

Stellungnahme

”Zur Motion Wullschleger kann ich nur sagen, schön wäre es gewesen, wenn sie vor meinem Amtsantritt erfüllt worden wäre. Sie kennen meine Meinung dazu, sie hat sich seit meiner Wahl nicht geändert.

Der Stadtrat ist klar in Pflicht, wir werden Bericht und Antrag liefern, aber erst im nächsten Jahr. Das Nachfolgeprojekt OPTIplus gibt den dafür nötigen Rahmen, wir werden Ihnen auch einen entsprechenden Leistungskatalog vorlegen. Es stellt sich einzig und allein die Gretchenfrage, *was* wollen wir und *wohin* wollen wir. Wie bereits gesagt, nächstes Jahr können wir diesen Weg zusammen gehen, das Projekt ist erst angelaufen und benötigt zur sorgfältigen Ausarbeitung einen gewissen Zeitrahmen. Wir werden also noch genügend Zeit haben, gemeinsam darüber zu diskutieren und zu entscheiden.

Ich habe in meinen ersten Monaten seit Amtsantritt erfreut und immer wieder feststellen können, dass es in der Verwaltung viele gute und qualifizierte Mitarbeitende gibt. Betreffend des von Walter Hotz geäußerten Vorwurfes der hohen Löhne in der Verwaltung kann ich nur sagen, dass wir bei Fach- und Führungskräften grosse Probleme haben, marktkonforme Löhne zu bezahlen und entsprechend qualifizierte Leute zu rekrutieren (Peter Neukomm führt ein Beispiel aus einem seiner letzten Rekrutierungsgespräche an). Bei den unteren Lohnklassen liegt die Stadtverwaltung gut im Vergleich. Es ist auch einfach nicht möglich, sämtliche Fach- und Führungskräfte immer intern zu besetzen. “

Walter Hotz (FDP)

Schlusswort

”Ich habe selbstverständlich nicht mit einer Erheblichkeitserklärung gerechnet. SR Peter Neukomm wirft mir vor, ich hätte am Jahresgespräch betreffend Legislaturziele mitarbeiten können; aber ich wurde dazu gar nicht eingeladen, obwohl ich mich - als GPK-Präsident - beim Stadtschreiber um eine Einladung bemüht habe. Der Stadtschreiber wollte sich persönlich darum kümmern und schuldet mir bis heute eine Antwort.

In der Pressemitteilung bezüglich Neuausrichtung des Baureferats, wo der Stadtrat der Ausschreibung einer neuen Stelle als Stabschef zustimmt, hat er gleichzeitig geschrieben, dass die Neuorganisation des Referats geprüft werde. Das ist meiner Ansicht nach ein falscher Weg, zuerst muss die Organisation überdacht und erst dann die Ausschreibung einer neuen Stelle überprüft werden.

Zur Aussage von Christoph Lenz möchte ich sagen, dass es mich freut, wenn er wirtschaftliche Gedanken vorbringt. Mir liegen Listen betreffend Optimierungsmöglichkeiten innerhalb der Führungsunterstützung vor (Votant zeigt diese dem Ratsplenum), aber ich kann sie ja nicht öffentlich machen.

Betreffend Bereichsleitung Kultur: Das ist eine 90% Stelle, und jetzt sucht der Stadtrat einen Nachfolger mit einem Pensum von 80-100%. Da muss ich mich schon fragen, ob dieser Job nicht auch mit 80% bewältigt werden könnte. Früher hat der Stadtschreiber sich um die Organisation des Bachfestivals gekümmert.

Ich werde das Postulat sicher nicht in eine Interpellation umwandeln. Lieber verliere ich mit 35:1 Stimme, als dass ich aus taktischen Gründen geschwiegen hätte. In 2-3 Jahren werde ich Sie an mein Postulat erinnern.

Zu SR Peter Neukomm: Über das Wochenende habe ich das Organigramm studiert und festgestellt, dass der Finanzreferent gegenüber seiner Vorgängerin zu einer Sekretärin noch zusätzlich einen Referatsassistenten hat. Hinzufügen möchte ich noch, dass ich in meinem Votum deutlich davon gesprochen habe, neu zu besetzende Stellen auf der Führungsebene *nach Möglichkeit* - und nicht wie von SR Peter Neukomm behauptet, immer - mit internem Personal zu besetzen. “

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat von Walter Hotz vom 24.03.2009 mit 18 : 7 Stimmen nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Stadtpräsident Thomas Feurer

Votum

”Das Papier, das Walter Hotz gezeigt hat, stammt aus dem Jahr 2008, aus einer Zeit also, wo ich noch nicht Stadtpräsident war. Es handelt sich um ein internes Papier der Stadtkanzlei, wo modellartig aufgezeigt wird, wie die Organisation aussehen könnte. Solche Organisationsentwürfe gab es einige, aber deren Inhalte wurden nie umgesetzt. Walter Hotz trägt sein Papier jedoch weiterhin wie eine Trophäe vor sich her. Ich biete Walter Hotz gerne meinen Aktenvernichter zur Beseitigung des Dokumentes an.

Ohne Controlling als zentrales Steuerungsinstrument geht es nicht, das Controlling erarbeitet alle Grundlagen zur strategischen Führung der Stadt und ist für die Monitorings der Legislaturziele verantwortlich. Daraus leiten wir einen wichtigen Teil der operativen Führungsaufgaben ab. Das Controlling ist für die Erstellung unserer Finanz- und Investitionsplanung zuständig und verantwortlich für das Projekt OPTI, beziehungsweise das Nachfolgeprojekt mit Leistungskatalog, sichert die inhaltlichen Links zur KSD, unterstützt die Verwaltung bei Organisationsentwicklungsfragen und erarbeitet unsere Benchmarks.

Betreffend Ausschreibung einer Stelle als Stabschef Baureferat kann ich nur sagen, dass das Baureferat viel zu wenig Personal hat, um die immer komplexeren Ansprüche von allen Seiten sowie als Ansprechpartner für Investoren und Verhandlungsführer befriedigend erfüllen zu können. Albert Tanner fehlt nämlich an allen Ecken und Enden. Die Situation wird durch den Weggang von Ueli Witzig zusätzlich akzentuiert und die Zwischenlösung mit einem Stabsjuristen erfüllte die Erwartungen nicht optimal. Es werden neue Profile erarbeitet, aber diese Stelle muss besetzt werden.

Zum Ersatz von Rolf Müller muss festgehalten werden, dass die Zeiten der nebenberuflichen Leitung endgültig vorbei sind, wenn wir im Wettbewerb der

Standorte bestehen wollen. Das 90%-Pensum ist voll ausgelastet mit der Erstellung der gesamten Spielpläne des Stadttheaters und dem Visionieren fremder Gastspiele, mit der Kulturförderung mit rund 150 Gesuchsbehandlungen, dem Monitoring der Leistungsvereinbarungen zusammen mit dem Kanton, als Jurymitglied und Mitglied/Geschäftsführer der Theater- und Kulturkommission und des Kulturtreffs, mit der Redaktion des Kulturbriefes und den vielfältigen Repräsentationsaufgaben im Schaffhauser Kulturleben. Alle drei Jahre ist zudem die Organisation und Sponsoringbetreuung der Bachfeste eine weitere, für das Kulturleben der Stadt Schaffhausen wichtige Aufgabe. "

SR Peter Neukomm meldet sich kurz zu Wort und hält fest, dass er persönlich vor einigen Monaten Walter Hotz betreffend Organisation des Finanzreferats ausführlich informiert habe.

SCHLUSSWORT DER RATSPRÄSIDENTIN:

Während der Ratssitzung wurde folgender Vorstoss eingereicht:

Motion von Till Hardmeier (JFSH) vom 27. Oktober 2009: Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen. Dieser Vorstoss erscheint ebenfalls auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung.

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft:

Die VdSR Abgabe der Liegenschaft Granatenbaumgut, Grubenstrasse 91, im Baurecht vom 11.08.09 wurde vom GPK-Präsidenten verhandlungsbereit gemeldet. Das Geschäft wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgeführt.

Die bevorstehende Doppelsitzung vom 8. Dezember 2009 mit den Budgetberatungen 2010 wird um 16 Uhr beginnen, mit einer einstündigen Pause um 18 Uhr.

Die Ratspräsidentin beendet die Sitzung um 20:23 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt